



Parlamentarische Empfehlung betreff einer Urner Bildungsoffensive finanziert mit den zusätzlichen Millionen der SNB

Herr Präsident Meine Damen und Herren

Ausgangslage

Die negativen konjunkturellen Auswirkungen des überbewerteten Frankens zwingen die Politik zu klaren Forderungen im Interesse der betroffenen Arbeitnehmenden. Aus Sicht der SP und der Grünen müssen dazu einerseits die Möglichkeiten der Arbeitslosenversicherung (Kurzarbeit) genutzt und ausgebaut werden, andererseits soll eine Bildungsoffensive lanciert werden.

Das Eidgenössische Finanzdepartement und die Schweizerische Nationalbank vereinbaren jeweils für einen bestimmten Zeitraum die Höhe der jährlichen Gewinnausschüttungen an Bund und Kantone. Die zurzeit geltende Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der SNB von 2011 sieht für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015 eine jährliche Ausschüttung von einer Milliarde Franken an Bund und Kantone vor, wenn die Ausschüttungsreserve nach Gewinnverwendung nicht negativ ist. Ende Januar 2015 haben das EFD und die SNB für das Geschäftsjahr 2014 vereinbart, dank einer Ausschüttungsreserve der Schweizerischen Nationalbank von 28 Milliarden Franken eine Zusatzausschüttung von ebenfalls einer Milliarden Franken an Bund und Kantone auszuzahlen. Der Kanton Uri erhält davon neu sechs statt den budgetierten drei Millionen Franken.

Empfehlung

Gestützt auf den Artikel 124 der Geschäftsordnung des Landrats empfehlen Ihnen der Zweitunterzeichnende Thomas Huwyler und meine Person, die nicht budgetierten Zusatzmillionen der SNB für die Abfederung der negativen Folgen des starken Frankens zweckgebunden einzusetzen. Im Zentrum sollen kurz- und mittelfristige Massnahmen einer Bildungsoffensive stehen. Denkbar sind Massnahmen in den Bereichen Berufslehre für

Erwachsene, Berufsmatur, Integration (Kinder und Erwachsene) sowie alle im Bericht zum Postulat Toni Moser "über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung im Kanton Uri" (Seite 3) gemachten Empfehlungen der "Hochschule Luzern – Soziale Arbeit". Gemeint ist hier unter anderem die Optimierung der schulergänzenden Betreuungsangebote oder die Nutzung verschiedener Entwicklungspotentiale der familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote.

Begründung

Die erneute Währungsaufwertung von 15 bis 20 Prozent, nachdem der Werkplatz bereits 2010 eine Aufwertung von 20 Prozent zu verkraften hatte, wird massive Auswirkungen auf den schweizerischen Arbeitsmarkt haben. Sowohl die Exportwirtschaft als auch die Binnenwirtschaft geraten angesichts der über Nacht plötzlich viel schärferen Konkurrenz im Euroraum unter Druck. Nebst den Möglichkeiten der Kurzarbeit muss mit einer Bildungsoffensive sichergestellt werden, dass nicht auf allen Stufen Arbeitnehmende als Folge dieser Währungskrise aus dem Arbeitsmarkt fallen und mangels Alternative zur Untätigkeit gezwungen werden.

Erstfeld, 15. März 2015

Erstunterzeichnender Landrat:

Zweitunterzeichnender Landrat:

Dimitri Moretti, SP, Erstfeld

Thomas Huwyler, SP, Altdorf